

An die
Vorsitzende des Ausschusses
für Inklusion und Gesundheit
Frau Bettina Bähr-Losse, MdB
im Hause



nachrichtlich
Landrat, Fraktionen

08.09.2017

**Antrag für die Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit:
„Verlässlichkeit schaffen, Heilmittelabgabe in integrativen
Kindertagesstätten sichern!“**

Sehr geehrte Frau Bähr-Losse

die SPD-Kreistagsfraktion beantragt den Tagesordnungspunkt „Verlässlichkeit schaffen, Heilmittelabgabe in integrativen Kindertagesstätten sichern!“ zur Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit am 21. September und bittet um folgende Beschlussfassung:

„Der Ausschuss für Inklusion und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag folgende Beschlussfassung:

„Der Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises fordert die Landesregierung und den Landschaftsverband Rheinland auf, die Heilmittelabgabe in integrativen Kindertagesstätten zukunftsfest zu sichern und Sonderverträge mit den Krankenkassen so auszugestalten, dass Nachbesetzungen bzw. Neueinstellungen von Therapeuten aller Disziplinen ermöglicht werden.

Die Regelungen zwischen dem Landschaftsverband Rheinland, der Landesregierung und den Krankenkassen sind so auszugestalten, dass sie verbindlich und einheitlich sind und den Organisationsaufwand für die Kindertagesstätten minimieren. Sie müssen zukunftsfest sein, um eine langfristige finanzielle, personelle und organisatorische Planbarkeit für die Kindertagesstätten zu ermöglichen.“

Begründung:

Die seit 2016 im LVR gültige Regelung stößt in der praktischen Umsetzung auf z.T. massive Probleme. Besonders schwer wiegt, dass die erforderlichen Therapien für Kinder mit besonderen Bedürfnissen zum Teil nicht mehr erfüllt werden oder mit einem enormen organisatorischen Aufwand für alle Betroffenen verbunden sind. Der Neuregelung zugrunde liegende Annahmen über auskömmliche Vereinbarungen mit den Krankenkassen über die Beschäftigung von Therapeuten stellen sich als nicht belastbar heraus.

Noch in der Sitzung des Ausschusses für Inklusion und Gesundheit des Kreistages am 13.07.2017 erklärte der Leiter des Landesjugendamtes Lorenz Bahr-Hedemann, eine Einrichtung im Kreis (hier: der Jugendbehindertenhilfe) habe ihre Fragen mit den Kassen in ihrem Sinne klären können. Es bestünden an dieser Stelle keine Probleme mehr. Dies ist definitiv nicht der Fall, im Gegenteil sind Nachbesetzungen frei werdender Therapeuten-Stellen akut gefährdet.

Damit würde aus Sicht der SPD-Kreistagsfraktion die wesentliche Geschäftsgrundlage der Neuregelung entfallen, wonach Träger in der Lage verbleiben, Therapeutenstellen nachzubersetzen und die erforderliche Heilmittelabgabe zu gewährleisten.

Die derzeit aufgekommene Unsicherheit verhindert eine planbare und zukunfts feste Heilmittelabgabe. Die Leidtragenden sind nicht nur die Kinder, deren Bedürfnisse auf der Strecke bleiben, sondern auch das Personal in den Kindertagesstätten. Dieser unhaltbare Zustand, der bei den Betroffenen für berechnete Zukunftsängste sorgt, muss zeitnah beendet und durch ein System ersetzt werden, das sich an den Bedürfnissen der Kinder orientiert, transparent ist und den Organisationsaufwand für die Einrichtungen minimiert.

gez. Dietmar Tendler, Folke große Deters, Harald Eichner, Achim Tüttenberg und Fraktion

i.A.
